

Vorbericht

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit diesem Vorbericht werden die finanziellen Planungen für das Jahr 2007 vorgelegt. Die Startbedingungen dieses neuen Haushalts haben mit denen des laufenden Haushaltsjahres 2006 eines gemeinsam: Wieder ist ein recht hoher Fehlbetrag aus dem Vorjahr zu finanzieren. In diesem Zahlenwerk ist ein Minus von 400.000 Euro aus dem Vorjahres-Verwaltungshaushalt zu tragen. Diese Zahl liegt gleich auf mit dem Rechnungs-Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 und ist das Ergebnis schlechter Steuereinnahmen bei Einkommen- und Gewerbesteuer, aber auch höherer Unterhaltungsaufwendungen wie beispielsweise für das Dach der Berglandhalle.

Trotz dieser bescheidenen Startbedingungen beträgt die neue Differenz zwischen den zur Verfügung stehenden Einnahmen und den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2007 „nur noch“ 164.700 Euro, der Fehlbetrag wird sich nach den aktuellen Planungen also mehr als halbieren. Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts bleiben mit 3.670.400 Euro fast auf gleicher Höhe wie in 2006 (plus 0,4 %), während die Einnahmen um ca. 7,6 % auf nunmehr 3.505.700 Euro steigen.

Der Grund liegt in den besseren Aussichten bei der Einkommensteuer (+ 6 %) sowie in einer deutlich höheren Schlüsselzuweisung (+ 38 %), die aber leider durch höhere Zahlungen an Kreis- und Schulumlage zum Großteil aufgezehrt werden. So bleiben von der besseren Schlüsselzuweisung in Höhe von 140.700 Euro für die Gemeindekasse unter dem Stich nur noch 52.000 Euro übrig. Ursache für dieses magere Ergebnis ist eine Übereinkunft zwischen dem Land Hessen und dem Landkreistag. Die Landkreise hatten eine Klage gegen das Land wegen unzureichender Finanzausstattung erwogen. Zur Befriedigung der Landkreise und um offensichtlich eine Klage gegen das Land abzuwenden, nahm die Landesregierung im Entwurf des Finanzausgleichs-Änderungsgesetzes eine Ausweitung der Bemessungsgrundlagen zum Nachteil der Städte und Gemeinden vor. Diese Änderung, die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet, kostet uns ca. 70.000 Euro. Allgemein scheint sich das Land Hessen nicht zu daran zu stören, den Kommunen stetig in die Tasche zu greifen, denn auch das von der Landesregierung verkündete Bambini-Programm finanziert sich zu mehr als 90 % aus dem kommunalen Finanzausgleich. Man muss sich also fragen, wie ernst die Kommunale Selbstverwaltung und das so genannte Konnexitätsprinzip bei den Verantwortlichen in Wiesbaden genommen wird.

Der Vermögenshaushalt fällt mit einem Volumen von nur 488.300 Euro sehr dünn aus und liegt mehr als 25 % unter dem Vorjahresbetrag. Großartige Investitionen sind in dieser Summe nicht enthalten. Fast 30 % hiervon, nämlich 144.300 Euro werden für die Rückzahlung von Darlehn ausgegeben. Diese Summe entspricht auch der Zuführung vom Verwaltungshaushalt. Erfreulich ist, dass sich die übrigen Ausgaben wie für Grunderwerb und die Gewährung eines Wohnungsbaudarlehns aus Verkaufserlösen und einer Rücklagenentnahme finanzieren lassen, ohne dass eine neue Kreditaufnahme notwendig wird. Damit dürfte der Schuldenstand im Laufe des Jahres 2007 auf ungefähr 100.000 Euro fallen und damit den niedrigen Stand des Jahres 2001 erreichen. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von nur rund 33,80 Euro werden wir dann wieder einen Spitzenplatz einnehmen, denn der Kreisdurchschnitt liegt bei ca. 1.500 Euro, also mehr als 40 mal so hoch.

Der Schuldenstand allein sagt aber noch nichts über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune aus. Es bleibt bei der bedauerlichen Tatsache, dass seit 2004 definitiv so gut wie keine Mittel aus dem Verwaltungshaushalt übrig waren, um zu investieren. Ganz im Gegenteil. Schon im Nachtragshaushalt 2004 musste ein Fehlbetrag ausgewiesen werden, so dass wir uns in Bezug auf die Unterhaltungsausgaben schon im vierten Jahr auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen.

Dies wird unter anderem am Zustand der Gemeindestraßen deutlich, an denen in den letzten Jahren nur sehr vereinzelt repariert oder mit Kaltasphalt ausgebessert wurde.

Die für 2007 erwarteten Steuermehreinnahmen können aber leider noch nicht in notwendige Unterhaltungsarbeiten fließen, sondern müssen zunächst dazu dienen, den kumulierten Fehlbetrag aus den Vorjahren glatt zu bügeln und den Verwaltungshaushalt eventuell ab 2008 wieder auf eine schwarze Null zu bringen. Die in diesem Haushaltsplan erreichte deutliche Verringerung des Fehlbetrages ist aber nicht nur auf die besseren Steuereinnahmen zurück zu führen, sondern auch das Ergebnis unserer Bemühungen um Ausgabebegrenzung und Ausgleich der Gebührenhaushalte. Die klassischen Gebührenhaushalte wie Wasser, Kanal und Friedhof sind im 2007er Haushalt nahezu ausgeglichen, so wie vom Gesetzgeber verlangt.

Landauf, landab hört man, dass sich auf die finanzielle Lage der Gemeinden derzeit nicht nur die steigenden Einkommensteuerzahlungen auswirken, sondern auch die Gewerbesteuer stark zugenommen haben soll. Diese Entwicklung geht leider an uns vorbei, denn die Anzahl der Gewerbesteuer zahlenden Betriebe liegt bei nur 41 und setzt sich zum Großteil aus Handwerksbetrieben zusammen, bei denen sich offensichtlich eine wirtschaftliche Erholung noch nicht bemerkbar gemacht hat. Fast die Hälfte dieser Betriebe zahlt Summen, die unter 1.000 Euro liegen. Deshalb wurde der Ansatz von 200.000 Euro schon im Nachtrag 2006 auf 150.000 Euro verringert und auch für 2007 nur mit diesem Betrag kalkuliert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wichtig ist in einem Vorbericht nicht nur die Beschreibung des aktuellen Zustandes, auch der Blick in die finanzielle Zukunft gehört zu den Haushaltsplanungen. Für das übernächste Haushaltsjahr 2008 wird letztmalig ein Zahlenwerk nach diesem System für die Gemeinde Körle aufgestellt, es wird für Hunderte von Gemeinden der Abschied von der kameralistischen Buchführung werden. Die Arbeiten für die Einführung der Doppik sind z.B. mit der Bewertung des Gemeindevermögens angelaufen und werden noch einigen Aufwand in personeller und finanzieller Hinsicht erfordern. Man ist sicher gut beraten, den Abschied vom alten System und die Einführung der Doppik als Chance zu sehen, manche Entscheidungen künftig mehr aus dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit fällen zu können. Noch eines zum Thema Verabschiedung: Im Jahr 2008 will sich die Gemeinde Körle auch vom Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt verabschieden. Zwar wird sich der Fehlbetrag des Jahres 2007 von voraussichtlich 164.700 Euro noch als Ausgabe im Haushalt 2008 finden, doch die Zeichen für einen Ausgleich stehen gut.

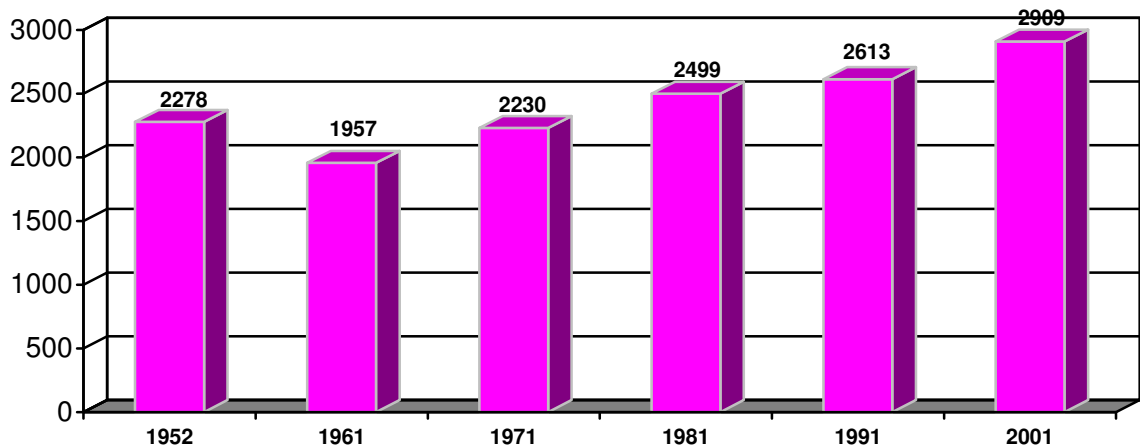
Dass ein Verwaltungshaushalt mal wieder etwas abwirft, ist auch dringend nötig, denn schon im Jahr 2008 stehen Investitionen in die Kläranlage und die Kanalisation in einer Größenordnung von rund 440.000 Euro an. Auch in 2009 sollen als Ergebnis der so genannten SMUSI-Berechnung mehrere Hunderttausend Euro in das Kanalnetz investiert werden. Erfreulicherweise ist das öffentliche Leitungsnetz in unserer Gemeinde schon gänzlich untersucht worden, die festgestellten Schäden wurden und werden entsprechend ihrer Klassifizierung und den finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet. Gegenüber anderen Gemeinden haben wir eine gute Ausgangsposition.

Was erwartet uns nun in den nächsten fünf Jahren ? Sicherlich ist es schwierig, über diesen Zeitraum etwas zur Entwicklung der Gemeindefinanzen zu sagen. Nach dem Finanzplan wird eine deutliche Erholung erwartet. Außer den jetzt bekannten Investitionen in die Kanalisation enthält der Finanzplan aber noch keine Zahlen für grundlegende Erneuerungen, die mit Sicherheit über kurz oder lang kommen werden z.B. in den Bereichen Wasserversorgung, Gemeindestraßen oder auch Fuhrpark des Bauhofs.

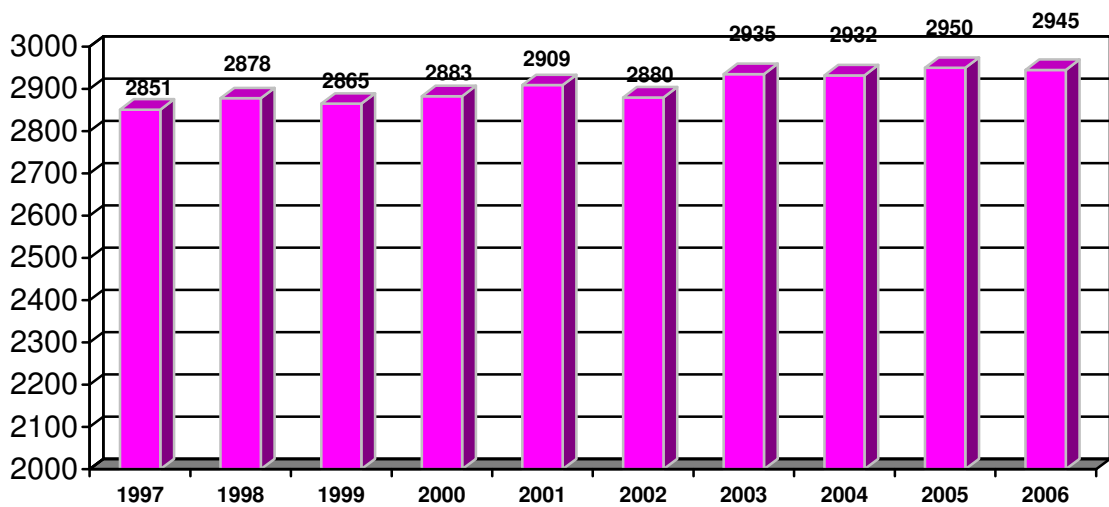
Insgesamt sehe ich einer interessanten und wechselvollen Zeit entgegen, die mit Doppik, leistungsbezogener Bezahlung und interkommunaler Zusammenarbeit stetig neue Herausforderungen für die Entscheidungsträger in den Gemeindegremien, aber auch alle Bediensteten der Gemeinde Körle stellen wird.

Mario Gerhold (Bürgermeister)

Entwicklung der amtlichen Bevölkerungszahlen -langfristig-



Entwicklung der amtlichen Bevölkerungszahlen -kurzfristig- (Zahl zum Jahresende 2006 geschätzt)



Wirtschaftliche Struktur

Nach der Hessischen Gemeindestatistik 2005 (Stand zum Jahresende 2004) sind innerhalb der Gemeinde Körle 309 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Vergleich zu den Vorjahren 2001 bis 2003 sank diese Zahl doch in bedeutendem Umfang:

2001	366 Personen
2002	365 Personen
2003	344 Personen
2004	309 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt

Von den 309 Personen arbeiten

39,8 % = 123 im produzierenden Gewerbe

27,5 % = 85 im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr

23,0 % = 71 im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor

der Rest in anderen Bereichen

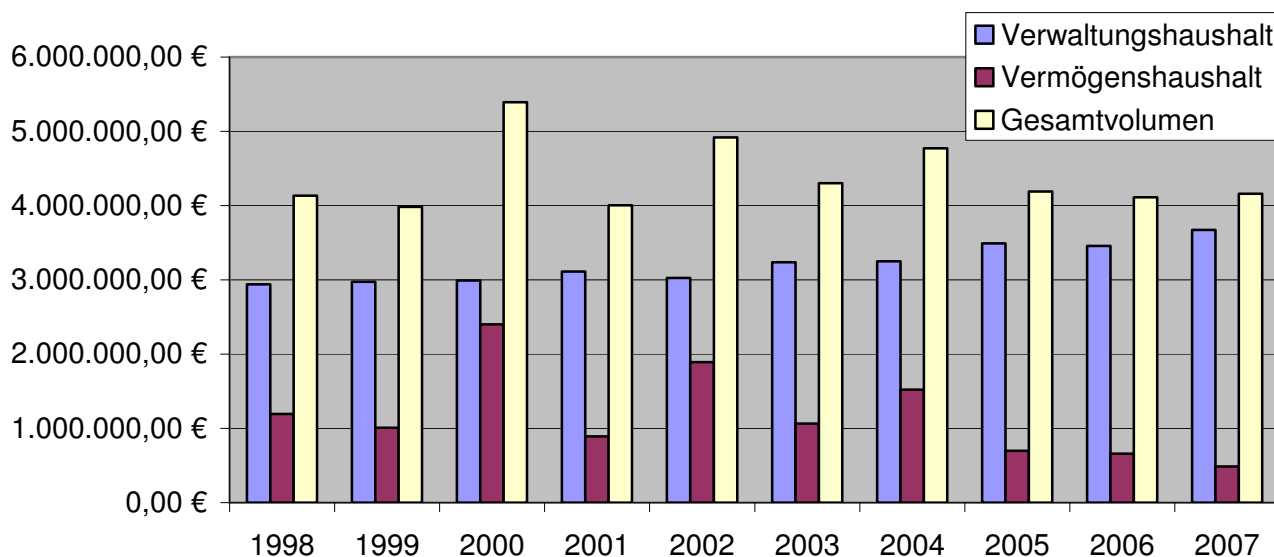
Insgesamt lebten in Körle 1.008 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stand Juni 2004).

Hier von pendelten 900 zu Arbeitsstätten nach außerhalb, während 201 Menschen aus anderen Wohnorten nach Körle einpendeln.

Die Anzahl der Gewerbebetriebe (=Anzahl aktueller Gewerbeanmeldungen) lag im Jahr 2005 bei rund 234, wobei jedoch ein Großteil der Inhaber ihre Firmen im Nebenerwerb führen.

Die Zahl der Gewerbesteuer entrichtenden Betriebe lag im Jahr 2005 bei ca. 40 (davon ca. 20 unter 1.000 Euro/Jahr)

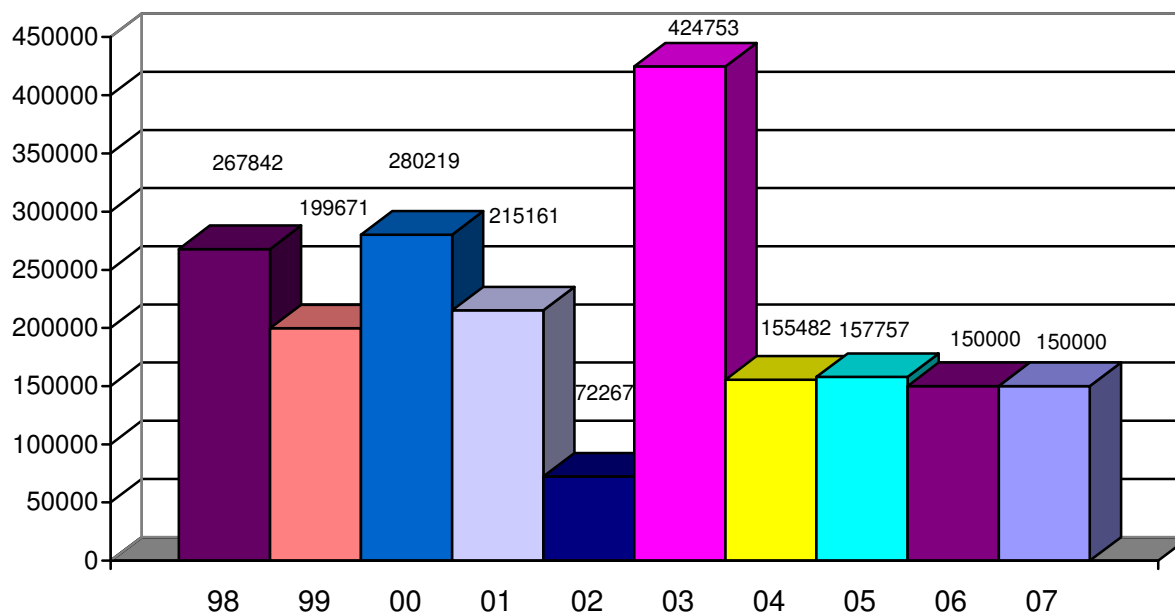
Überblick über die Haushaltsvolumen der letzten Haushaltsjahre



Steuereinnahmen, Finanzaufweisungen und Umlagen in €

	Gewerbesteuer	Umsatzsteueranteil	Gundsteuer A	Grundsteuer B	Vergnügungssteuer	Hundesteuer	Summe
1998	267842	25835	16366	131194	982	9489	451708
1999	199671	27430	16567	130958	368	11008	386002
2000	280219	28024	15895	141323	460	12275	478196
2001	204517	27610	15850	145718	511	12271	406477
2002	72.267	27.491	15.718	142.106	514	11.386	269.482
2003	424753	27.407	16.006	151.059	360	10.966	630.551
2004	155482	27458	15583	151829	240	10177	360769
2005	157757	27967	15465	159749	180	10854	371972
2006	150000	28000	16000	165000	500	11000	370500
2007	150000	32000	15000	165000	0	11000	373000

Gewerbesteuereinnahmen von 1997 bis 2006



Finanzzuweisungen in €

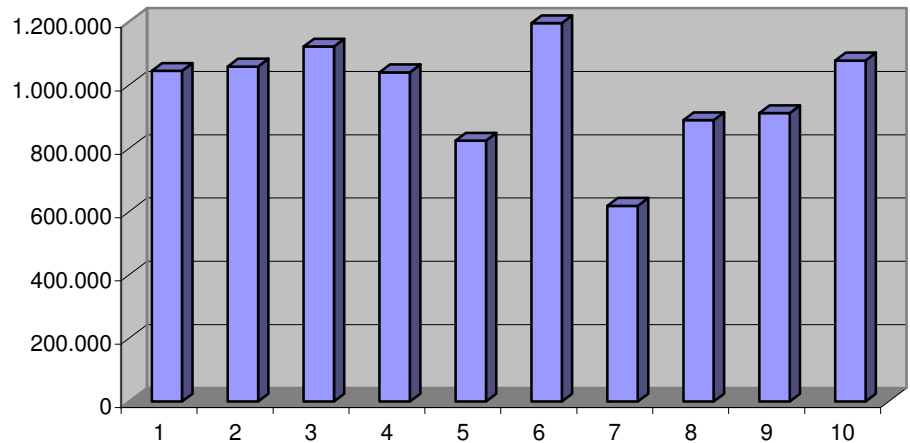
	Schlüsselzuweisung	Einkommensteuer	Familienleistungsausgleich	Summe	Summe aller Steuereinnahmen und Zuweisungen
1998	281019	1032655	57735	1371409	1823117
1999	331188	1087004	57663	1475855	1861857
2000	324306	1233914	56926	1615146	2093342
2001	356677	1175971	58799	1591447	1997924
2002	309272	1159292	65620	1534184	1803666
2003	375196	1142210	70313	1587719	2218270
2004	260253	1034249	62343	1356845	1717614
2005	237557	1015941	61284	1314782	1686754
2006	371000	1000000	60000	1431000	1801500
2007	511700	1100000	70000	1681700	2054700

Umlagen in €

	Kreisumlage	Schulumlage	Gewerbsteuerumlage	Summe
1998	601.140	117.295	59.659	778.095
1999	616.670	120.326	66.147	803.143
2000	713.252	139.071	118.987	971.310
2001	743.367	145.054	69.024	957.445
2002	780.174	152.229	46.890	979.293
2003	711.402	138.810	172377	1.022.589
2004	695.162	135.641	19.245	1.098.652
2005	718.578	140.210	53.516	912.304
2006	717.000	133.000	40.000	890.000
2007	791.400	147.300	38.000	976.700

Entwicklung des Überschusses aus Steuern, Finanzaufweisungen und Umlagen

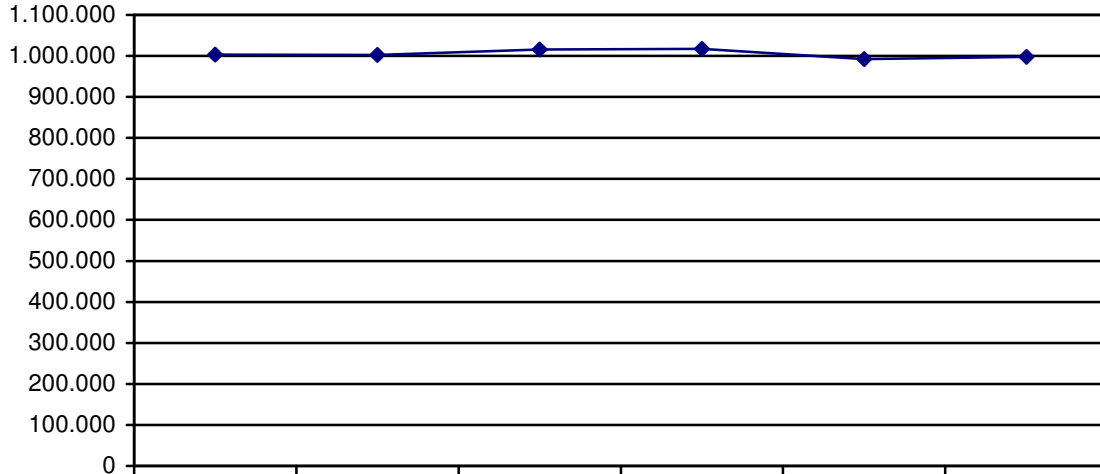
Jahr	Betrag
1998	1.045.022
1999	1.058.714
2000	1.122.032
2001	1.040.479
2002	824.373
2003	1.195.681
2004	618.962
2005	889.196
2006	911.500
2007	1.078.000



Entwicklung der Personalkosten

Die Personalkosten haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt entwickelt (Haushaltsansätze):

2002	2003	2004	2005	2006	2007
1.002.900	1.002.650	1.015.650	1.016.900	992.650	997.750



Die planmäßige Verringerung der Personalkosten von 2005 nach 2006 geht in erster Linie auf die Kindertagesstätte zurück. Die Beschäftigung einer Vertretung war nicht mehr notwendig.

Bei der Kalkulation der Personalkosten für 2007 wurden folgende Faktoren berücksichtigt:

- Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages von 19,5 % auf 19,9 % (Auswirkung für Arbeitgeber + 0,2 %)
- Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages von 6,5 % auf 4,5 % (Senkung für Arbeitgeber – 1 %)
- Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um ca. 0,5 % (Arbeitgeber sind mit ca. + 0,25 % beteiligt)
- Einmalzahlungen laut Tarifvertrag von je 150 Euro
- Sonderzahlungen von je 80 bzw. 90 % (früher Urlaubs-/Weihnachtsgeld)

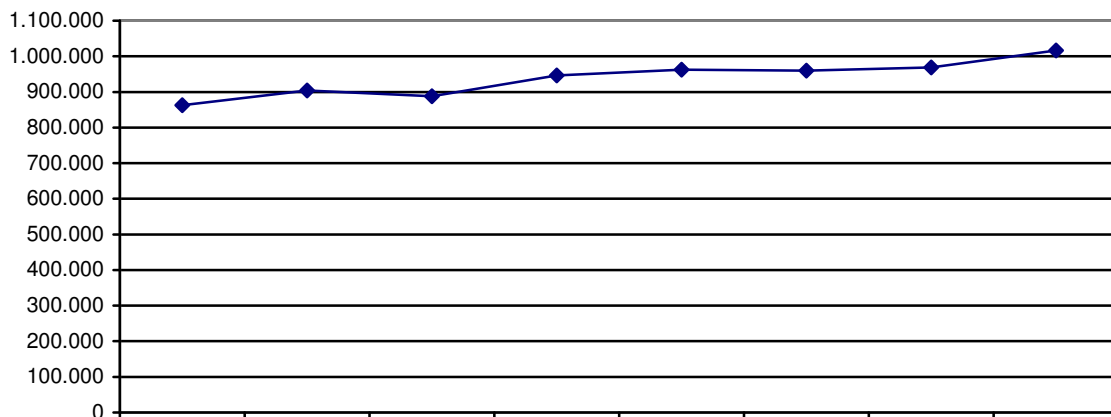
- 7.141 Euro inkl. Sozialversicherung und ZVK - Arbeitgeberanteil zur Umsetzung der leistungsbezogenen Bezahlung laut § 18 TvöD
- Stufenaufstiege zur Eingliederung in den neuen Tarifvertrag im Rahmen einer Übergangsregelung für neun Beschäftigte
- Verringerung der Personalkosten bei der Jugendpflege
- Kosten für eine Hausmeisterstelle (Zuschüsse sind hier noch nicht gegen gerechnet)

Nach Umstellung des bisher geltenden BAT (Angestellte) und des BMT-G (Arbeiter) auf einen gemeinsamen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wurden die Bediensteten mit Wirkung vom 01.10.2005 in die neuen Entgeltgruppen übergeleitet. Diese Überleitung wirkte sich für die Gemeinde Körle so gut wie kostenneutral aus. Mit dem neuen Tarifrecht sind die herkömmlichen Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege abgeschafft. Im Gegenzug sind ab 2007 1% des Entgeltaufkommens leistungsabhängig zu zahlen. Der Anteil des leistungsbezogenen Gehalts am gesamten Entgeltaufkommen soll in den nächsten Jahren bis auf 8 % steigen.

Auf eine lineare Einkommenserhöhung wurde in dem bis 31.12.2007 geltenden Tarifvertrag verzichtet, statt dessen sind jährliche Einmalzahlungen von 300 Euro vorgesehen.

Die tatsächlichen Personalausgaben der Jahre 1998-2005 stellen sich wie folgt dar:

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
862.732	904.478	888.351	946.618	962.698	960.127	968.379	1.016.734



Nachstehend noch eine Übersicht mit den Unterschieden zwischen dem neuen Tarifvertrag (TvöD) und dem alten Recht (BAT / BMT-G)

TVöD	BAT / BMT-G
Einheitliches Tarifrecht für alle (TVöD)	Zwei getrennte Tarifwerke für Angestellte und Arbeiter (BAT / BMT-G)
Flexibilisierung der Arbeitszeit: - Ausgleichszeitraum für die Bemessung von Überstundenzuschlägen bis zu zwei Wochen - Bei betrieblicher Vereinbarung können bis zu 45 Stunden/Woche bzw. zwischen 6.00 Uhr und 20.00 Uhr zuschlagsfreie Überstunden angeordnet werden (Arbeitszeitkorridor/Rahmenzeit) - Jahresausgleichszeitraum 1 Jahr	Begrenzter Zeitrahmen für den Ausgleich von Überstunden - tägliche Überstunde bei Arbeitern - wöchentliche Überstunde bei Angestellten - Jahresausgleichszeitraum 26 Wochen

15 Entgeltgruppen in einem Tarifvertrag (TVöD), alle Beschäftigten wechseln in das neue System mit Inkrafttreten des TVöD	Getrennte Vergütungs- und Lohngruppen für Angestellte und Arbeiter in verschiedenen Tarifverträgen mit unterschiedlichen Aufstiegsbedingungen
Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch verbesserte Bezahlung zu Beginn des Berufslebens	Bezahlung nach Lebensalter/Betriebszugehörigkeit (Angestellte bis zu zwölf Stufen, Arbeiter bis zu acht Stufen)
Variable Leistungsbezahlung auf bis zu 8 % der Gesamtentgeltsumme des jeweiligen Arbeitgebers ansteigend	Keine leistungsabhängigen variablen Bezahlungselemente
Aufstiege in nächsthöhere Entgeltgruppen nach Funktion, nicht nach Zeitablauf	Bewährungs- und Zeitaufstiege in höhere Lohn- und Vergütungsgruppen nach Zeitablauf, unabhängig von der Leistung
Bezahlung unabhängig von Familienstand und Kinderzahl	Bezahlung nach Familienstand und Kinderzahl
Schaffung einer neuen sozial gestaffelten Sonderzahlung mit gegenüber bisheriger Regelung abgesenktem Volumen ab 2007	Weihnachtsgeld festgelegt auf 82,14 % Urlaubsgeld 255,65 € bzw. 323,34 €
Reduzierung der Eingruppierungsmerkmale durch schlanke und praktikable Regelung voraussichtlich Ende 2006	Unüberschaubare Eingruppierungsvorschriften durch eine Vielzahl von Eingruppierungsmerkmalen
Schaffung von Konkurrenzfähigkeit durch neue niedrige Entgeltgruppe	Outsourcing – Privatisierung einfacher Tätigkeiten mangels Niedriglohngruppe
Einführung der Instrumente Führung auf Zeit (bis zu 12 Jahren) / auf Probe (bis zu 2 Jahre)	Im Wesentlichen nur dauerhafte Übertragung von Führungsfunktionen möglich
Gesetzliche Entgeltfortzahlung sechs Wochen, danach Anspruch auf Krankengeldzuschuss bis zu 39 Wochen	Altregelung für ca. 60 % der Angestellten mit Verpflichtung des Arbeitgebers zur vollen Entgeltfortzahlung für eine Dauer von bis zu 26 Wochen

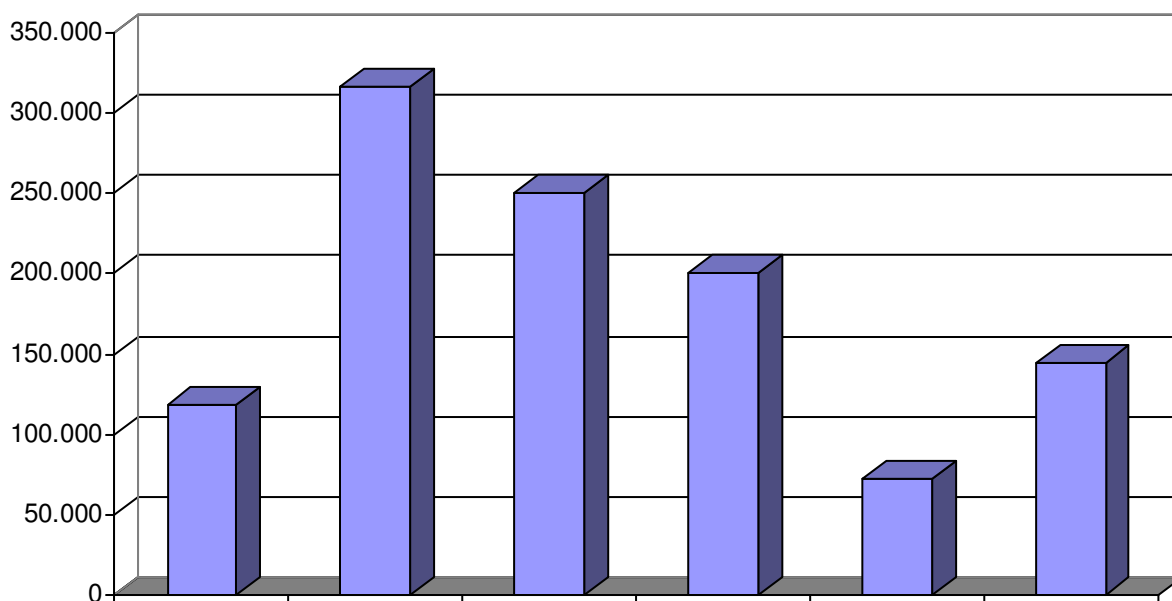
Stand der Rücklagen und Entwicklung -€-

Jahr	Zweck der Rücklage	Stand am Jahresanfang	Entnahme	Zuführung	Stand am Jahresende
2006	Allgemeine	43.000	-	-	43.000
	Wasserversorgung	51.000	62.000	61.000	50.000
	Brücken	269.000	-	11.000	280.000
	Nahwärme	24.000	-	10.000	34.000
2007	Allgemeine	43.000	40.000	-	3.000
	Wasserversorgung	50.000	15.000	51.000	86.000
	Brücken	280.000	-	-	280.000
	Nahwärme	34.000	-	10.000	44.000
2008	Allgemeine	3.000	-	105.000	108.000
	Wasserversorgung	86.000	15.000	51.000	122.000
	Brücken	280.000	-	10.000	290.000
	Nahwärme	44.000	-	15.000	59.000
2009	Allgemeine	108.000	-	69.000	177.000
	Wasserversorgung	122.000	15.000	36.000	143.000
	Brücken	290.000	-	10.000	300.000
	Nahwärme	59.000	-	15.000	74.000
2010	Allgemeine	177.000	-	459.000	636.000
	Wasserversorgung	143.000	15.000	36.000	164.000
	Brücken	300.000	-	10.000	310.000
	Nahwärme	74.000	-	15.000	89.000

Zuführung zum Vermögenshaushalt

Die Entwicklung der Zuführungen sieht in den Jahren 2002 bis 2007 wie folgt aus:

2002	2003	2004	2005	2006	2007
117.800	316.352	249.700	200.000	72.700	144300

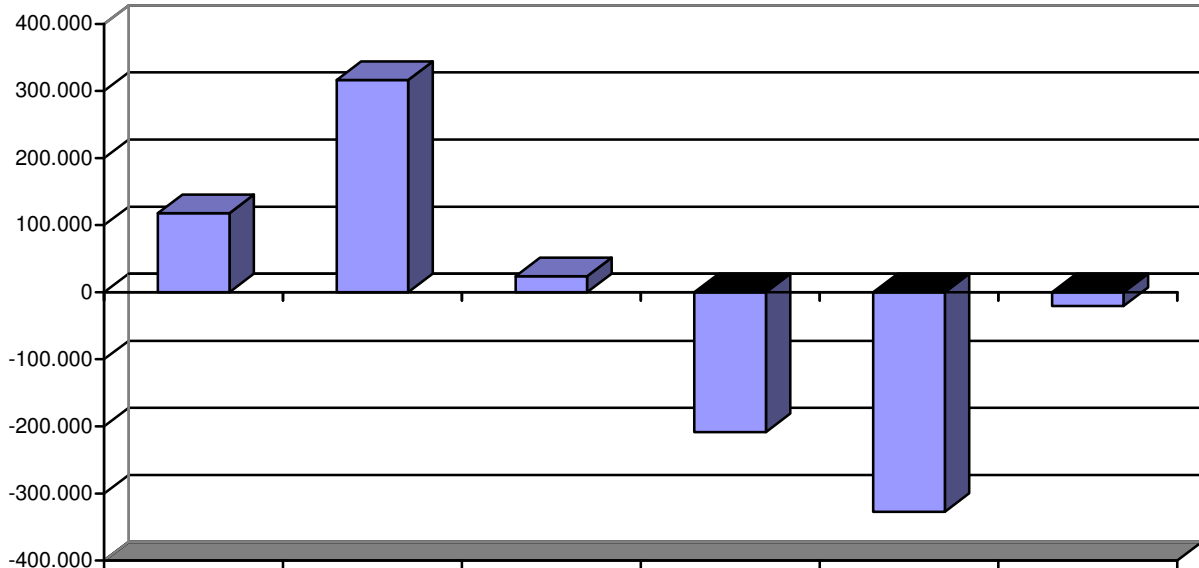


Bei der Entwicklung der Zuführungen ist bemerkenswert, dass sich der Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt bis zum Jahr 2002 auf einen absoluten Tiefstand minimiert hat. Einen positiven Ausreißer gab es nur im Jahr 2003 durch unverhoffte Gewerbesteuernachzahlungen, aber ab 2003 haben sich die erwarteten Einkommensteuern nicht eingestellt (Haushaltsansatz 2003 = 1.300.000 € / tatsächliche Einnahme = 1.143.000 €).

Die vorstehende Grafik täuscht, was die Entwicklung der Zuführung in den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2007 angeht, denn die vermeintlich hohen Zuführungen stellen die Pflichtzuführung aufgrund der ordentlichen Tilgungen dar und berücksichtigen nicht, dass jeweils Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt entstanden sind.

Unter Berücksichtigung dieser Fehlbeträge der jeweiligen Haushaltsjahre sieht die Grafik schon anders aus.

2002	2003	2004	2005	2006	2007
117.800	316.352	23.700	-208.600	-327.300	-20.400



Die relativ hohe Pflichtzuführung ist bedingt durch die schnelle Rückzahlung des Darlehn für die Finanzierung des Baugebietes „Auf dem Hollunder“ und den damit verbundenen hohen jährlichen Tilgungsraten. Diese Tilgungspraxis wird immer wieder vom Rechnungsprüfungsamt und auch in der Vergleichenden Prüfung des Landesrechnungshofes gelobt. Im Prüfungsbericht zur 98. Vergleichenden Prüfung „Vollprüfung 2004: Kleine Gemeinden“ wird festgestellt, dass die durchschnittliche Tilgungsdauer bei der Gemeinde Körle nur drei Jahre beträgt, während alle anderen geprüften Gemeinden durchschnittlich 15 Jahre lange Laufzeiten vereinbart hatten.

Die Praxis der Gemeinde Körle führt jedoch dazu, dass dem Verwaltungshaushalt in Zeiten schlechter Steuereinnahmen mehr abgerungen wird, als dieser eigentlich leisten kann. So wurde beispielsweise im Jahr 2006 eine Tilgungsleistung von ca. 181.000 Euro erbracht, die angesichts der Einkommensteuereinnahmen von nur 1.000.000 € und eines zu finanzierenden Fehlbetrages von 408.600 Euro aus 2005 nicht erwirtschaftet werden konnte. Auch im 2007er Haushalt werden wieder mehr als 140.000 Euro getilgt.

Durch die deutlich sinkende Tilgungsleistung und die prognostizierte Verbesserung des kommunalen Einkommensteueranteils in den kommenden Jahren wird eine Verbesserung der Zuführungen erwartet, welche sich laut Finanzplan wie folgt entwickeln:

2006	2007	2008	2009	2010
84.000	156.000	260.000	464.000	486.000

Verhältnis zwischen den Zuführungen zum Vermögenshaushalt und den Rücklagen zum Deckungsbedarf nach dem Finanzplan

Ein höherer Deckungsbedarf laut dem Finanzplan ergibt sich insbesondere in den Jahren 2008 und 2009. Dann sollen größere Umbauten an der Kanalisation und der Kläranlage vorgenommen werden, die mit mehr als 500.000 Euro zu Buche schlagen. Auf die Erschließung des dritten Abschnitts im Baugebiet „Auf dem Hollunder“ ist nach aktuellem Stand für 2009 geplant. Der sich abzüglich der Landeszuweisungen ergebende Deckungsbedarf wird sich aus der Zuführung nur zum Teil finanzieren lassen, besonders für die Vorfinanzierung der restlichen Plätze im Baugebiet wird eine (kurzfristige) Kreditfinanzierung notwendig werden. Die Kosten der Vorfinanzierung sind in die Preise für das Baugebiet eingerechnet. Abgesehen davon sieht das Sofortprogramm des Landes für Abwasseranlagen eine Kreditfinanzierung vor, bei der das Land mit einem Tilgungszuschuss und einem kleinen Zinszuschuss behilflich ist. Allein daher ist ein reiner Rückgriff auf die Rücklage nicht möglich, sondern eine Finanzierung mancher Kanalbau-maßnahmen über besagtes Darlehn.

Kassenlage

Die Kassenlage ist wesentlich geprägt durch den Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes, der bekannter Weise im Jahr 2006 bei 400.000 Euro lag. Diese Summe lastet natürlich voll auf der Kasse und trägt dazu bei, dass sich die Konten im Jahr 2006 so gut wie immer im Minus befanden. Somit war es auch unerlässlich, den Höchstbetrag der Kassenkredite in der Nachtragshaushaltssatzung 2005 auf 750.000 Euro zu erhöhen, um die Kasse zahlungsfähig zu halten. Dieser Betrag wurde auch in der Haushaltssatzung 2006 beibehalten.

Angesichts des deutlich verringerten Fehlbetrages 2007 wird die Kassenlage wohl besser, allerdings konnten die für 2006 erwarteten Erlöse aus dem Verkauf von Bauplätzen bislang nicht realisiert werden, so dass die Ansätze zum Großteil als Haushaltseinnahmereste nach 2007 übertragen werden. Die haushaltsmäßig geplanten, aber nicht realisierten Einnahmen fehlen der Kasse ebenfalls für eine Zeit lang auf den Konten.

Verhältnis Haushaltsplan - Finanzplan

Der Haushaltsplan 2005 weicht vom Finanzplan nicht ab

Finanzielle Auswirkungen der Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen

6300.9518	Erschließung BBPL 8	3.000 €	Bepflanzung des naturschutzrechtlichen Ausgleichsstreifens oberhalb des Baugebietes Hollunder: Keine finanziellen Auswirkungen
8160.950	Nahwärmeversorgung	31.000 €	Entsprechend dem Baufortschritt sind Anschlussstationen in der Wohnhäusern zu installieren. Finanzielle Auswirkungen entstehen nicht.
8810.932	Grunderwerb	152.000 €	Der größte Teil dieser Summe ist für die erste Rate des Grundstückskaufs an der Guxhagener Straße (ca. 94.000 €). Die übrigen 58.000 Euro sind Restzahlungen an die ehemaligen Eigentümer der Flächen im Baugebiet.
9100.926	Darlehn an Private	80.000 €	Dieser Betrag ist der gemeindliche Anteil am Wohnungsbauprogramm 2007 des Landes Hessen. Durch die kommunale Mitfinanzierung sollen 8 altengerechte Wohnungen an der Guxhagener Straße entstehen.

Überblick über die Entwicklung des Vermögens und der Schulden

Das Gesamtvermögen wird zu Beginn des Jahres 2007 mit 28.748.000 € angenommen.

2004: 28.039 T€

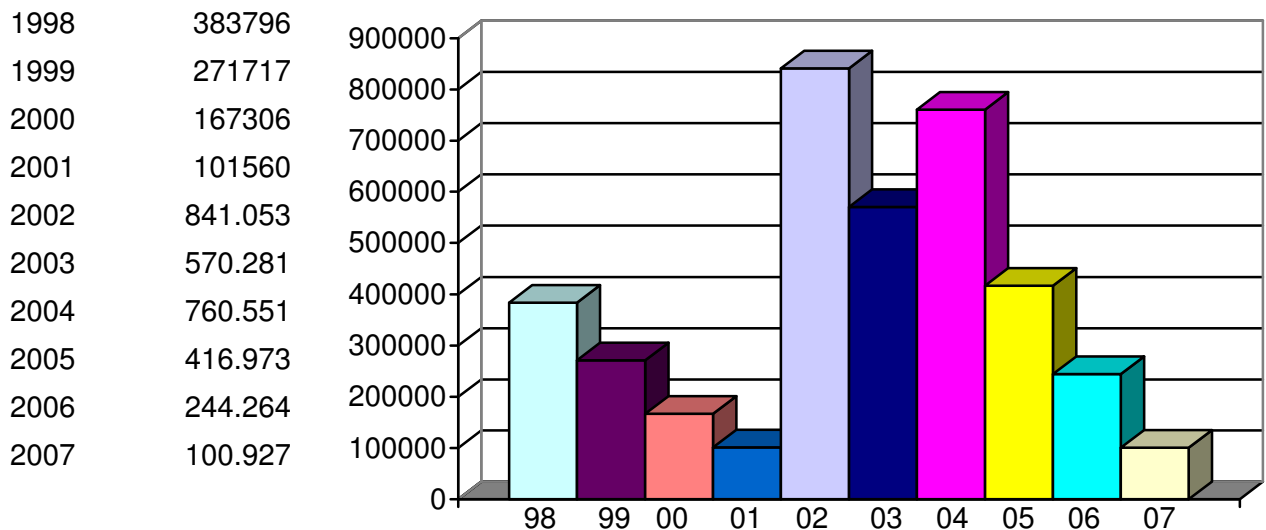
2005: 29.011 T€

2006: 28.676 T€

2007: 28.748 T€

Die Aufgliederung des Gemeindevermögens nach Grundstücken, Gebäuden usw. ist in der Anlage zu diesem Haushalt zu finden.

Schuldenstände am Ende des jeweiligen Rechnungsjahres in €



(Schuldenstand 2006 laut Haushaltsplanung)

Anhand der Grafik ist gut zu erkennen, dass die Gemeinde Körle in Bezug auf die Schuldenentwicklung einen sehr guten Weg geht. Bekannterweise musste im Jahr 2002 ein hoher Betrag für die Erschließung des Baugebietes und die Kanalisation und Wasserversorgung in Wagenfurth aufgenommen werden. Die Erschließung des 2. BA „Auf dem Hollunder“ war im Jahr 2004 auch nicht ohne Kreditmittel möglich. Die sehr kurze Tilgungsdauer dieser Darlehn, ermöglicht durch die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen, lässt aber den Schuldenstand von 2004 um mehr als 2/3 im Jahr 2006 absinken. Auf der Liste der verschuldeten Gemeinde nehmen wir erfreulicherweise ganz hinten Platz.

Erläuterungen zum Haushalt

	Verwaltungshaushalt	
0000.430	Umlage an die Beamtenversorgungskasse Durch eine Änderung des Umlageverfahrens steigen die jährlichen Ausgaben gegenüber 2006 um 5.300 Euro.	40.300
0000.619	Ehrungen, Empfänge, Tagungen Der frühere Ansatz von 2.500 Euro für Ehrungen etc. ist definitiv zu knapp gemessen. Aufgrund vieler Alters- und Heiratsjubiläen sowie der Ausgaben für die letzte Sitzung der Gemeindevertretung wird der Betrag um 1.500 Euro erhöht.	4.000
0200.414	Angestelltenvergütungen Die deutliche Erhöhung des Ansatzes von 77.100 Euro in 2006 auf nun 101.300 Euro hat lediglich damit zu tun, dass aufgrund des einheitlichen Tarifvertrages keine Unterscheidung mehr zwischen Kosten für Arbeiter und Angestellte vorgenommen wird, sondern die früher einzeln aufgeführten Beträge nun zusammen gefasst sind. Dies betrifft auch alle anderen Haushaltsstellen in den nachfolgenden Abschnitten.	101.300
0200.716	Förderung von Ausbildungsplätzen Der Betrag steigt im Vergleich zum Vorjahr, weil sich im Jahr 2006 drei Betriebe für die Einstellung eines Auszubildenden entschieden haben, die bisher noch nicht ausbildeten.	6.000
1300.500	Unterhaltung Gebäude Feuerwehr Nachdem das Dach und die Außenfassade in Ordnung gebracht wurden, kann der Haushaltsansatz wieder auf das normale Maß reduziert werden.	2.000
1300.520	Unterhaltung Geräte Feuerwehr Durch turnusgemäße Wartungsarbeiten an Atemschutzgeräten sind 2.000 Euro mehr nötig als sonst.	5.000
3600.510	Denkmalpflege, Verschönerung Ortsbild Für die Verringerung dieses Ansatzes ist nicht in erster Linie das günstigere Ausschreibungsergebnis bei den Mäh- und Kehrarbeiten verantwortlich, sondern die Kosten für Kehren und Leerung der Abfallbehälter wird nun unter der HHST. 7200.541 veranschlagt.	15.000
4560.414	Vergütung Jugendpflege Die Personalkosten der Jugendpflege verringern sich in der Tat, denn während der Elternzeit des Jugendpflegers wird es in der Zeit von Februar bis einschl. September 2007 nur abgespeckte Öffnungszeiten des Jugendclubs in Verbindung mit dem Versuch der Selbstverwaltung geben.	27.000
4620.110	Benutzungsgebühren Kindergarten Um 22.000 Euro geringer fallen die Einnahmen durch die geplante Freistellung des dritten Kindergartenjahres aus.	100.000
4620.171	Zuschuss das Landes Hier sind die künftig höheren Einnahmen der Gemeinde aus den Zuweisungen des Bambini-Programms eingeplant, welches sich bekannter Weise aus dem Kommunalen Finanzausgleich nährt.	36.000
4620.716	Zuschuss Kindergruppe „Kleine Strolche“ Der Betrag verringert sich für 2007 um 5.000 Euro, weil mit der Gruppe ab Anfang 2007 eine maximale Belegung durch Kindergartenkinder (nur für diese zahlt die Gemeinde) von 40, sowie ab Sommer 2007 auf 35 Kinder vereinbart wurde.	85.500
5601.500	Unterhaltung Gebäude Berglandhalle Nach der Dachsanierung verringert sich der Betrag von 42.000 Euro auf 5.000 Euro.	5.000
7000.110	Benutzungsgebühren Kanalisation Aufgrund des stagnierenden Wasserverbrauchs bleiben die Einnahmen auf dem Niveau wie in 2006. Trotzdem kann der Abschnitt finanziell ausgeglichen dargestellt werden,	330.000

7200.541	Abfallentsorgung Wie bereits erwähnt, steigen die Ausgaben um 7.000 Euro, weil hier nun auch die Kosten für Kehrarbeiten und die Leerung der Abfallbehälter neben den übrigen Abfallbeseitigungskosten (Container Bauhof, Abfuhr Grünabfälle, Entsorgung Bauschutt ...) enthalten sind.	18.000
7800.510	Unterhaltung Wirtschaftswege Aus den bisherigen 3.000 Euro werden nun 6.000 Euro, weil nach dem Bruttoprinzip der Zuschuss der Jagdgenossen nun in einer eigenen Haushaltsstelle vereinnahmt wird (7800.167). Bisher wurde der Zuschuss einfach an den Einnahmen abgezogen.	6.000
8150.110	Benutzungsgebühren Wasserversorgung Mit der bisherigen Gebührenehöhe von 1,15 Euro werden die Kosten nicht gedeckt. Grund sind in erster Linie höhere Personalaufwendungen für Reparaturen. Um einen Ausgleich zu erreichen, ist in den Einnahmen eine Gebühr für das Jahr 2007 von 1,50 Euro vorgesehen.	165.800
9000.010	Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer) Nach der eingetretenen Verbesserung in 2006 wird eine Steigerung um 2007 um 6 % vorher gesagt. Damit steigt der Betrag wieder fast auf das Niveau des Jahres 2003.	1.100.000
9000.041	Schlüsselzuweisung Die niedrigen Gewerbesteuereinnahmen der letzten vier Jahre haben unsere Steuerkraft geschwächt und wirken sich bei der Berechnung der Schlüsselzuweisung positiv aus, denn die Einnahmen werden von 371.000 auf über 500.000 Euro steigen.	511.700
9000.010	Gemeindeanteil Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer) Hier geht es noch mal um 50.000 Euro bergab. Nach der Finanzplanung soll im Jahr 2006 die Talsohle erreicht sein.	966.000
9000.832	Kreisumlage Die Änderung der Kreisumlagenbemessungsgrundlage führt trotz gleich bleibendem Hebesatz zu einer Mehrausgabe an den Schwalm-Eder-Kreis um 74.400 Euro.	791.400
9000.8321	Schulumlage Die Schulumlage verteuert sich von bisher 133.000 Euro auf 147.300 Euro. Mit diesen Einnahmen zahlt der Kreis die Unterhaltung der Schulgebäude.	147.300
9100.8081	Zinsen für Kassenkredite Durch die sich abzeichnende bessere Kassenlage werden Zinsen für die Überziehung der Konten gespart.	5.000
9150.860	Zuführung an den Vermögenshaushalt Die Höhe der Zuführung entspricht der Mindestzuführung, denn in gleicher Höhe werden auch Kredite in 2007 getilgt.	144.300
9200.895	Abwicklung der Vorjahre Der Fehlbetrag laut Nachtragshaushalt 2006 findet sich in dieser Haushaltsstelle wieder.	400.000
	Vermögenshaushalt	
6300.9518	Erschließung Bebauungsplan 8 Entsprechend dem Bebauungsplan ist am oberen Rand des Baugebietes eine Ausgleichsfläche vorgesehen, die im Frühjahr 2007 mit in Kooperation zwischen Anliegern, Bauhof und Naturschutzgruppe mit Obstbäumen bepflanzt werden soll.	3.000
7000.350	Anschlussbeiträge Kanalisation In den Erlösen aus den Grundstücksverkäufen des Baugebietes Hollunder und des Gewerbegebietes Lobenhausen sind anteilig auch Anschlussbeiträge eingerechnet.	29.000
8150.350	Anschlussbeiträge Wasserversorgung siehe vorstehende Erklärung	14.000
8160.350	Anschlussbeiträge Nahwärmeversorgung siehe vorstehende Erklärung	5.600

8160.950	Nahwärmeversorgung Hierin sind die Kosten für die im Jahr 2007 voraussichtlich zu installierenden Hausanschlussstationen kalkuliert, die über die Einnahmen des Grundstücksverkaufs refinanziert werden.	31.000
8810.340	Veräußerung von Grundstücken In dieser Summe sind die Einnahmen aus dem Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet, eine Rate für den Verkauf eines Gewerbegrundstücks in Lobenhausen sowie der Verkauf einer Teilfläche an der Guxhagener Straße enthalten.	169.000
8810.932	Grunderwerb In den Ausgaben finden sich Kaufpreiszahlungen für die zuvor genannten Grundstücke.	152.000
9100.926	Darlehn an Private Hier ist die kommunale Mitfinanzierung des Wohnungsbau-darlehns aus dem Landeswohnungsbauprogramm 2007 für insgesamt acht Wohneinheiten veranschlagt.	80.000

Stellenplan

Der Stellenplan wurde in neuer Form gemäß dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gefasst.